

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

betr. Familienberatung und -planung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den freien Trägern der Familienberatung und -planung sowie den entsprechenden Berufsvertretungen zu prüfen, welche Schritte unternommen werden müssen, um mehr medizinische, psychologische und soziale Beratungskapazität für die Familienberatung und -planung in der Bundesrepublik Deutschland zu erschließen und die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten,
2. unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die in den Beratungsstellen tätigen Personen zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Bonn, den 11. Mai 1973

Dr. Kiesinger, Stücklen und Fraktion